



Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Stefinger: Ausbeuterische Kinderarbeit beenden – wir haben es in der Hand!

12.06.2019

Am heutigen Tag gegen Kinderarbeit ruft der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Stefinger dazu auf, künftig stärker darauf zu achten, was gekauft und was konsumiert wird. Denn, so Stefinger: „Wir alle haben es in der Hand, Kinderarbeit zu beenden – mit unserer Kaufentscheidung!“

Noch immer können weltweit über 70 Millionen Kinder nicht in die Schule gehen, weil sie unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten müssen, sei es auf Kakaoplantagen in Westafrika, beim Sammeln von Kobalt im Kongo, beim Abbau von Gold in Peru oder in den Steinbrüchen in Indien. Er will das ändern: Mit einem Antrag will Stefinger die Bundesregierung auffordern, alles zu tun, damit ausbeuterische Kinderarbeit in Lieferketten endlich der Vergangenheit angehört. Dazu habe sich Deutschland mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 ja bereits verpflichtet. „Weder als Verbraucher noch als Unternehmer können und wollen wir akzeptieren, wenn am Anfang der Lieferkette Kinder für uns arbeiten müssen und Hungerlöhne gezahlt werden“, so der CSU-Politiker.

Seit 100 Jahren kämpft die ILO für bessere Arbeitsbedingungen in der Welt. „In Deutschland und Europa haben wir hohe Arbeitsstandards erreicht – aber am Anfang globaler Lieferketten herrschen zum Teil noch immer erschreckende Bedingungen“, erklärt Stefinger. „Wir können nicht noch weitere 100 Jahre warten, bis die schlimmsten Formen der Ausbeutung abgeschafft sind. Deswegen müssen wir jetzt Instrumente schaffen, die sicherstellen, dass ausbeuterische Kinderarbeit der Vergangenheit angehört. Wir wollen faire Lieferketten.“ Dass es funktionieren kann, zeigt das Textilbündnis – hier beteiligen sich bereits 50 Prozent der Branche an der Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards. Und auch 55 Prozent des in Deutschland verkauften Kakao sind inzwischen nachhaltig.

Stefinger macht klar: Alle sind gefordert – Politik, Wirtschaft und jeder Einzelne. Internationale Vereinbarungen gibt es schon lange – ob die Kernarbeitsnormen der ILO, die G7 und G20-Deklarationen oder die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Deutschland soll in dem Antrag aufgefordert werden, sich während seiner EU-Ratspräsidentschaft nächstes Jahr für eine gemeinsame Lösung auf europäischer Ebene einzusetzen und Schwellen- und Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, existenzsicherndes Einkommen zu schaffen und allen Kindern Schulbesuche zu ermöglichen. Auch nehmen viele Unternehmen ihre unternehmerische Verantwortung längst wahr. Sie sollen weiter gestärkt werden. Und die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mit Aufklärungskampagnen gezielt für das Thema sensibilisiert werden.

Deutscher Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
T 030. 227 - 73 230 • F 030. 227 - 76 230

Wahlkreis München-Ost • Am Eicherhof 16 • 81929 München
T 089. 41 42 45 00 • F 089. 41 42 45 010

wolfgang.stefinger@bundestag.de • www.wolfgang-stefinger.de